

## **„Der Eiting will nicht weg.“ Polizei Düsseldorf entlarvt sich als Handlanger der Antifa**

### **Pressemitteilung der außerparlamentarischen Opposition (APO) in Düsseldorf, 29.03.2023**

Die friedensbewegte Zivilgesellschaft in Nordrhein-Westfalen musste am vergangenen Samstag, den 25. März, in Düsseldorf erleben, wie Polizeikräfte lautstarke und eskalationsorientierte Störungen einer angemeldeten Friedensdemo nicht nur duldeten, sondern sogar unterstützten. Die im Friedensbündnis NRW organisierten lokalen Bürgerinitiativen, Parteien und Friedensgruppen sind entsetzt und fordern öffentlich und in Beschwerdebriefen an die Polizei Aufklärung.

Trotz Kälte, Wind und Dauerregen fanden sich rund fünf hundert Menschen am Samstagnachmittag auf dem Corneliusplatz in Düsseldorf ein um gegen Waffenlieferungen in die Ukraine, die wirtschaftsschädlichen Sanktionen und die einseitige Kriegsberichterstattung in den deutschen Leitmedien zu protestieren. Auf der Kundgebung des Friedensbündnis NRW sprachen der ehemalige Bundestagsabgeordnete Diether Dehm (die Linke), der Sprecher des Friedensforum Düsseldorf Hermann Kopp, der ehemalige NRW-Landtagsabgeordnete Michael Aggelidis (ehemals die Linke, heute dieBasis) und der Generalsekretär der Gerechtigkeitspartei Team Todenhöfer, Özenc Aslan.

Der Krieg nach außen erfordert den Krieg nach innen. Die Friedensdemonstranten auf dem Corneliusplatz mussten leider erleben, wie Polizei und Störer fruchtbar zusammenarbeiteten um Menschen, die für den Frieden demonstrieren, mit Störungen, Provokationen, Beleidigungen und Drohungen zu verscheuchen und zu zermürben. Die von Anmelder Martin Eiting als Kundgebung der „Antifa Düsseldorf“ angemeldete Gegendemo platzierte die Polizei entgegen vorheriger schriftlicher Absprache innerhalb statt außerhalb der vom Friedensbündnis NRW angemeldeten Versammlungsfläche, wo sie den Ablauf der Kundgebung verzögerte und behinderte, und schützte die interne Stördemo dann mit einer Polizeikette. Nur der Friedlichkeit der teilnehmenden Initiativen und Einzelpersonen ist es zu verdanken, dass die Situation auf dem Corneliusplatz nicht eskalierte.

Das Friedensbündnis NRW hat sich nun in zwei schriftlichen Beschwerden an die Polizei Düsseldorf gewandt und fordert Aufklärung der Straftaten und Dienstpflichtverletzungen. Am 27. März schrieb der Anmelder der Friedensdemo, Ingo Marks (APO Düsseldorf): „Trotz mehrfacher Aufforderungen ca. 20 Min. vor Beginn der Kundgebung wurde die sogenannte Gegendemo nicht von meiner Versammlungsfläche entfernt. Alle Zusagen, die ich mehrfach vom Einsatzabschnittsleiter erhielt, die Störer und bedrohliche Polizeikette zu entfernen wurden nicht eingehalten, was scheinbar, nach telefonischer Rücksprache vom Einsatzleiter untersagt wurde.“ Am 28. März schrieb der rechtliche Vertreter des Friedensbündnis NRW, Rechtsanwalt Jürgen Schütte: „Wir forderten den Einsatzleiter auf, die sog. „Gegendemonstranten“ von der Versammlungsfläche zu verweisen und die sonstige Versammlungsstörung einzustellen. Der Einsatzleiter sagte dies zu, wurde jedoch von einem weiteren Polizeibeamten angesprochen mit den Worten: „Der Eiting will nicht weg“. Die sog. „Gegendemonstranten“ haben gegen das Störungsverbot des § 7 VersammlG NRW verstoßen. Die vor Ort tätigen Polizeibeamten haben dies bewusst zugelassen.“

Die offensichtliche Unterordnung der Polizeikräfte vor Ort unter den Willen des Anmelders der so genannten „Antifa Düsseldorf“, Herrn Martin Eiting, hat das Vertrauen aller im Friedensbündnis beteiligten Initiativen in den deutschen Rechtsstaat erschüttert. Durch die Kooperation der Polizei mit aggressiven Störern wurde auf der Friedensdemo in Düsseldorf nicht nur das deutsche Versammlungsrecht missachtet, sondern auch die Berufsehre der eingesetzten Polizeibeamten verletzt. Die anhaltende Instrumentalisierung staatlicher Exekutivorgane für Repressalien gegen eine unerwünschte regierungskritische Opposition stellt eine verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des deutschen Staates dar. Sie untergräbt das Vertrauen in staatliche Verwaltung.

Dr. Mona Aranea, Pressesprecherin der außerparlamentarischen Opposition in Düsseldorf